

**Wirtschaftspolitik des ADGB-Führers.** Brüning verkündet weiter, daß die wichtigste Aufgabe des neuen Wirtschaftsbeirates darin besteht, das Tarifwesen elastisch zu gestalten. Die Löhne sollen erneut um 20 bis 30 Prozent abgebaut werden. So wie die Leiharbeiter mit dem elastischen 8-Stunden-Tag den Arbeitern die Mehrarbeitszeit bis 10 und 12 Stunden aufzwingen, sollen jetzt die Tariflöhne elastisch nach unten gezogen werden.

Die ADGB-Bonzen wollen durch die neue Hindenburg-Arbeitsgemeinschaft als Kerze den vom Krisenfeber geschüttelten Kapitalismus auf Kosten der Arbeiter retten. So wie 1918 Legien mit Stinnes durch den Wandelschirm der Arbeitsgemeinschaft das kapitalistische Ausbeutersystem rettete, so soll die neue Lohnabbauforschungsgruppe ein Sturmboot gegen die heranflutende Welle des Wirtschaftskampfes sein.

Der Wirtschaftsbeirat bedeutet die Übertragung von Mussolinis faschistischen Schemata auf Deutschland. Mit den Methoden des faschistischen Kapitalismus bereiten die Leiharbeiter und Grafmann dem offenen Hitler-Jugendberg-Faschismus den Weg. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer gehen wie Heilmann während des Krieges wieder zu Hindenburg. Der kaiserliche Feldmarschall empfängt Hitler. So schließt sich der Kreis der allergrößten Koalition von den SPD-Führern zu den Harzburger Instanzverbrechern.

Die Arbeiter haben auf Grund der bitteren Erfahrungen der letzten Arbeitsgemeinschaft die Nase voll. Wir haben bereits enthüllt, daß die Gewerkschaftsdiktatur schon im Frühjahr die neue Lohnabbauforschungsgruppe mit der Schwerindustrie bilden wollte. Durch die Enthüllungen der kommunistischen Presse wurde der Kuhhandel damals zerfallen. Jetzt wollen die Lohnabbauforschungsgruppen erneut das Fell der Arbeiter verschauern.

Ein Empörungsturm in allen Betrieben und Gewerkschaften muß die arbeiterfeindlichen Pläne der Hindenburg-Sozialisten zunächst machen. 500.000 sächsische Arbeiter werden durch den Abbruch der Tarife von neuem Lohnraub bedroht. Drei bis vier Millionen deutsche Proletarier stehen in den kommenden Wintermonaten im Kampf gegen die neue Lohn- und Gehaltsabbauforschungsgruppe der Unternehmer. Über 20 Millionen Arbeiter und Angestellte ringen um ihre nackte Existenz.

Gegen diese Millionenarmee kann sich keine Ausbeuterregierung länger als 24 Stunden halten. Unter der Losung „Streik gegen jeden Pfennig Lohnraub“ unter Führung der ADGB muß überall die rote Einheitsfront geschaffen werden. Die ADGB-Bonzen gehen als Lakaien der Schwerindustrie zu Hindenburg. Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen gemeinsam mit der revolutionären Gewerkschaftsopposition und der kommunistischen Partei kämpfen gegen jeden Pfennig Lohn- und Gehaltsraub! An der mächtigen Einheitsfront werden alle Lohnabbauforschungsgruppen und der Faschismus zerfallen!

## SPD für Stinnes

Sozialdemokratisch-bürgerliche Einheitsfront für den Kriegsanleihe-Betrüger

Berlin, 21. Oktober. (Eig. Bericht.)

Auf der Tagesordnung der Sitzung des Preussischen Landtages vom Mittwoch stand auch der kommunistische Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Untersuchung der Beeinflussungen der Justizbehörden und des Justizministeriums im Strafverfahren gegen Stinnes wegen Kriegsanleihebetrugs. Als einziger Parteirechner erklärte Kuttner von der SPD, der kommunistische Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses sei mindestens zu früh gestellt. Es schwebten verschiedene Disziplinar- und Untersuchungsverfahren. Diese dürften nicht durch öffentliche Verhandlungen eines Untersuchungsausschusses durchkreuzt werden. Deshalb lehne die SPD den Antrag ab.

Die Abstimmung darüber ergab eine Einheitsfront von der SPD bis zu den Nazis für den Kriegsanleihebetrüger Stinnes. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

## Republikstuhlgeseh in Spanien

II. Madrid, 21. Oktober. Am Mittwoch wurde das Republikstuhlgeseh von der spanischen Nationalversammlung angenommen.

Wie das deutsche, so ist auch das spanische Republikstuhlgeseh ein Ausnahmestück gegen die Klassenbewegte, revolutionäre Arbeiterklasse. Unter dem Vorwand „Kampf gegen rechts“ werden die schlimmsten Unterdrückungsmaßnahmen im Geseh verankert. U. a. sieht das spanische Republikstuhlgeseh Verbannung bei Streiks vor.

# Wels, Gendewik oder Thälmann?

SAJ ler gründen Ortsgruppe des KJVD

Kiel, 21. Oktober (Eig. Meldung)

In Elmshagen bei Kiel konnte der kommunistische Jugendverband in dieser Woche eine neue Ortsgruppe gründen. Die öffentliche Gründungsversammlung war von über 300 Werktätigen, zum größten Teil jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen, besucht. Zu dem Thema: „Wels, Gendewik oder Thälmann?“ sprachen der Gen. Witte aus Kiel, der bisherige 2. Vorsitzende der SAJ Elmshagen, der vor kurzem wegen seiner revolutionären Ansichten aus der SAJ ausgeschlossen war, und ein weiterer SAJler, der seinen Übertritt zum KJVD erklärte. In der Versammlung waren ungefähr 30 SAJler anwesend. Ein brüningtreuer SAJ-Führer, der vom Vorstand zu der Versammlung geschickt war, versuchte für die „Einheitsfront“ auf der Linie Brüning zu werben. 14 Neuaufnahmen für den KJVD konnten gemacht werden.

## Gumpfpartei in Baugen

Nach einem Referat von Fabian, Dresden, wurde in Baugen am 21. Oktober eine Ortsgruppe der Gumpfpartei gegründet. Das Dreimonatskind wurde von dem Stadtverordneten Seiler aus der Taufe gehoben, der sich noch vor 14 Tagen entschieden gegen die Gründung einer neuen Splittergruppe erklärt hatte.

Ehrliche und konsequente Arbeiter lassen solche schwankende, wankende „Führer“ allein. Sie folgen dem Beispiel des Gen. Sattler, Baugen, der nach 30jähriger Mitgliedschaft in der SPD zur kommunistischen Partei übertrat.

## SPD-Theater in Dresden

Dresden, 22. Oktober

Am ihre Tolerierungspolitik zu verteidigen hatte die Dresdner SPD gestern Abend Versammlungen mit dem Thema „Kampf gegen die Harzburger“ einberufen. Es sprachen Rubi Breitkopf, Loni Sender, Brandes u. a. herbeigeholte SPD-Führer,

# Lügen-Bombe gegen UdSSR

Zentrumsaktion gegen die Sowjetunion / Störung der deutsch-russischen Beziehungen  
Es gibt noch nicht genug Erwerbslose in Deutschland!

Die „Germania“, das Blatt des Zentrums, der führenden Regierungspartei, und das Sprachrohr des Reichskanzlers Brüning, verbreitet unter der sensationellen Überschrift: „Stell! Moskau die Zahlungen ein!“ einen Artikel, in welchem behauptet wird, daß die Sowjetunion vor einer schweren Finanzkrise, vor „dem Zusammenbruch des gesamten kommunistischen Wirtschaftssystems“ und vor einer Hungersnot stünde. Diese Behauptungen sind faustdicke Lügen der „Germania“. Ihr Zweck ist offenbar, die deutsch-russischen Beziehungen zu kühlen, besonders die Wirtschaftsbeziehungen. Vor allen Dingen sollen durch derartige Behauptungen, daß die Sowjetunion die Zahlungen einstelle, die Durchführung der Aufräge, die die Sowjetunion an die deutsche Industrie gegeben hat, lähmgeleitet werden. Man hofft auf diese Weise, eine Krise des sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion herbeizuführen, ohne Rücksicht darauf, daß gegenwärtig einige Hunderttausend Arbeiter in Deutschland durch die Ausführung der Sowjetaufträge noch Arbeit haben, daß ganze Industriezweige in Deutschland gegenwärtig nur deshalb noch arbeiten, weil sie mit Sowjetaufträgen beschäftigt sind. Die Sabotage dieser Sowjetaufträge wird deutlich an der Behauptung der „Germania“, daß die Sowjetunion „in der nächsten Zeit etwa 500 Millionen Mark an deutsche Firmen zu zahlen habe“, während in der Tat nur etwa 70 Millionen zu zahlen sind und die Sowjetunion bisher planmäßig und pünktlich alle Zahlungen geleistet hat.

Daß es sich bei der Aktion der „Germania“ um einen planmäßigen Versuch, die deutsch-russischen Beziehungen zu kühlen, handelt, geht daraus hervor, daß sie diesen Artikel, noch bevor er in der „Germania“ erschienen ist, den anderen bürgerlichen Zeitungen und dem „Vorwärts“ zugestellt hat. Das geschieht in der Erwartung, daß die ganze bürgerliche Presse aus ihrer feindseligen Einstellung gegenüber der Sowjetunion heraus begierig diese Lügen aufgreifen und weiter fortpropagieren würde. J. T. ist dies in der Tat geschehen. Besonders der „Vorwärts“ verbreitet mit offenkundigem Vergnügen diese ganzen Gerüchte über russische Zahlungsschwierigkeiten.

„Der Wunsch ist der Vater des Gedankens“. Dieses Sprichwort trifft in vollem Umfange auf die Phantasie der „Germania“ zu. Die Kapitalisten wünschen den Zusammenbruch des gesamten kommunistischen Systems, weil die Existenz der Sowjetunion, der blühende Aufschwung der sozialistischen Wirtschaft, die Tatsache, daß die Sowjetunion das einzige Land ist, in der es keine Krise,

keine Erwerbslosigkeit usw. gibt, die ganze Verberbung des Kapitalismus für die dritten Maffen mit schärfer hervortreten läßt. Weil das Beispiel der Sowjetunion im kapitalistischen System. Durch die Ausbreitung menschenwürdiger Beziehungen in der Sowjetunion auch die Krise ausgebrochen ist, daß dieselben Schwierigkeiten wie in den kapitalistischen Ländern vor als unterscheidet sich die sozialistische Sowjetunion in vielen von den kapitalistischen Ländern.

Aber die Aktion der „Germania“ hat noch eine andere Bedeutung. Die „Germania“ ist das führende Blatt des Zentrums. Das Zentrum ist Regierungspartei, die den Reichskanzler stellt. Es ist klar, daß derartige Aktionen, wie sie von der „Germania“ planmäßig ausgeführt werden, nur den einen Zweck haben können, die Beziehungen der Sowjetunion zu Deutschland zu kühlen, vor allem die Wirtschaftsbeziehungen. Die Durchführung der Aufräge, die gegeben werden, soll unmöglich gemacht werden. Auf diese Weise bilden sich die „Politiker“ vom Schlage der „Germania“ ein. Im Rahmen des sozialistischen Aufbaues an die deutsche Industrie gegeben werden, soll unmöglich gemacht werden. Auf diese Weise bilden sich die „Politiker“ vom Schlage der „Germania“ ein. Im Rahmen des sozialistischen Aufbaues an die deutsche Industrie gegeben werden, soll unmöglich gemacht werden. Auf diese Weise bilden sich die „Politiker“ vom Schlage der „Germania“ ein.

Die Aktion der „Germania“ enthält der Arbeiterklasse in Deutschland von neuem auch diese Gefahr, daß es nicht mehr die Arbeiterklasse auf der Hut und gerührt sein.

# Der sächsische Bauer erwacht!

Breite Sympathiewelle der sächsischen Bauernschaft für den Bund schaffender Landwirte  
Gemeinsame Kampffront der Kleinbauern und der revolutionären Arbeiterklasse

Am 11. 10. fand in Hermannsdorf i. E. eine vom Bund schaffender Landwirte einberufene öffentliche Bauernversammlung statt. Über 25 werktätige Bauern waren zu dieser Versammlung erschienen und gaben einstimmig der Ansicht Ausdruck, daß nur der Bund schaffender Landwirte gemeinsam mit den übrigen schaffenden Schichten der Bevölkerung, den Arbeitern und Bauern, den Kampf um die Erhaltung der bäuerlichen Existenz kämpfen kann.

In einer außerordentlich gut besuchten Bauernversammlung in Elterlein i. E. gingen die versammelten Bauern noch einen Schritt weiter und wählten aus ihrer Mitte heraus ein fünfköpfiges Bauernkomitee zum Kampfe gegen Steuern, Zinsen und Pachtwucher.

In Rittersgrün i. E. wählten die anwesenden Bauern trotzdem fünf Nazi-Bauern die sich bildende Kampffront mit Lügen und Verleumdungen über den Bund schaffender Landwirte zu hintertreiben versuchten, ebenfalls ein dreiköpfiges Bauernkomitee in ihrer Versammlung. Außerdem wurde die folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 14. Oktober in Rittersgrün versammelten werktätigen

gen Bauern erheben den schärfsten Protest gegen die Erhöhung der ohnehin schon unerträglich hohen Grundsteuer durch die Neubeschätzung der Einheitswerte in der Amtshauptmannschaft Annaberg.

Der bauernfeindlichen Politik der Hindenburg-Schleier-Regierung schließt sich die sächsische Schieds-Krug-von-Ribba-Regierung würdig an. Die Nationalsozialisten, die die absolute Mehrheit in der sächsischen Landtagskammer erreicht haben, treiben in dieser dieselbe Politik wie die Bauernfeinde vom Landbunde.

Aus diesem Grunde erkennen die werktätigen Bauern den Rittersgrün, daß sie völlig auf sich selbst angewiesen sind und außer der werktätigen Bevölkerung, den Arbeitern und den Angestellten im Kampfe für die Erhaltung ihrer Scholle auf keine noch so „nationale“ Bauernlängerei verlassen dürfen. Die „nationale Selbsthilfe“ ist eine grobangelagerte, raffinierte Verächtung des schaffenden Volkes — und gegen diese geloben die versammelten Arbeitbauern von Rittersgrün den schärfsten Kampf für die Forderungen der roten Selbsthilfe aufzunehmen.

Da die sächsische Regierung sich über alle Beschlüsse des Sächsischen Landtages streptlos hinwegsetzt und mit ihren unerschütterlichen Diktaturmaßnahmen namentlich gegen die werktätigen Bauernschaft einen systematischen Ausplünderungssequester durchführt und andererseits der Landtag auf Grund seiner letzten Zusammensetzung nichts gegen diese Regierung erternimmt, fordern wir die Auflösung dieses Scheinparlamentes. Die versammelten Landwirte beschließen deshalb heute, ein Bauernkomitee aus ihrer Mitte zu wählen, das in Zukunft gemeinsam mit dem Bund schaffender Landwirte den Kampf gegen Steuerdruck, Zinsneuschuld, Pachtwucher und Zwangsenteignung organisieren wird.“

In einer kleinen Versammlung in Raxchau wurde ein dreiköpfiges Bauernkomitee gebildet, an dem sich auch ein nationalsozialistischer Bauer beteiligt und dieses attein unterstützen will.

Die revolutionäre Arbeiterklasse begrüßt aufs wärmste jede Kampforganisation der Kleinbauern und reicht ihr zum Kampfe gegen den Kapitalismus und alle seine Trabanten die Bruderhand.

## 17 Todesopfer in Herne

Herne, 21. Oktober. Die Zahl der Todesopfer des Gendewikunglücks auf der Zeche „Mont Ceris“ hat sich auf 17 erhöht. Nachdem noch am Dienstag Abend drei verletzte Bergarbeiter gestorben waren, sind in der Nacht zum Mittwoch zwei weitere Bergarbeiter ihren schweren Verletzungen erlegen. In den Kranenhäusern Bergmannsheil und Börsing befinden sich noch 14 Verletzte.

Belegschaftsversammlungen der Berliner Metallbetriebe der Firmen A. Ritter U. G., Oberhönsowalde, Siemens Flugmotorenwerk, Spandau, Stod, Mariensfelde, Wabbe, Am Kettbasser Tor, haben Kampfausschüsse zur Vorbereitung des Metallarbeiterstreikes als Anknüpfung auf den Lohnabbau beschlossen.

Im Betrieb Torres, Reinickendorf, wurde die Direktion durch Streikbeschlüsse der Belegschaft gezwungen, einen beschlossenen 15prozentigen Lohnabbau rückgängig zu machen.

Die Haft gegen den Genossen Scheringer ist seit gestern aufgehoben worden. Genosse Scheringer wurde in eine besondere isolierte Zelle gebracht, angeblich wurden ihm sämtliche Bergausführungen unter der „Begründung“ entzogen, daß er mittels einer Pagenselle einen Ausbruchversuch geplant hätte.

## Neues in Kürze

Die am Mittwoch geschlossenen Lohnverhandlungen für die sächsische Textilindustrie sollen, wie die Leipziger Neuesten Nachrichten melden, vor dem Leipziger Schlichter-Ministerialrat Dr. Hauschild weitergeführt werden.

Nach einer sowjetrussischen Meldung aus Peking hat Marshall Chiang-Kuei-Blang erklärt: Die chinesische Regierung lehnt die fünf Punkte Japans ab und verlangt, daß die japanischen Truppen in einer Frist von zwei Wochen aus dem chinesischen Gebiet zurückgezogen werden.

Die Berliner TA beschlagnahmte gestern die Broschüre des Genossen Thälmann „Rotes Hamburg für Sowjet-Deutschland“.